

*Verständlich Kom. 15/16*

Abschluss - Bericht

Über die Tätigkeit der

PARITÄTISCHEN KOMMISSION beim Bundesminister  
für Verkehr und verstaatlichte Betriebe.

erstattet von

Nationalrat Dr. Alfred MALETA

als Federführenden in der ÖVP-Fraktion  
dieser Kommission.

Dezember 1953

Als ich vor nahezu auf den Tag genau 6 Jahren die Tätigkeit des Federführenden in der ÖVP-Fraktion der PARITÄTISCHEN KOMMISSION beim Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe übernommen habe, habe ich in Aussicht gestellt, in gewissen Zeitabschnitten einen Bericht über den Stand der Verhältnisse in den verstaatlichten Betrieben zu geben. Soweit dies notwendig und möglich war, bin ich diesem Versprechen auch tatsächlich nachgekommen. Wie bekannt, ist durch die Novellierung des Kompetenz-Gesetzes die Paritätische Kommission weggefallen, da die Zuständigkeit für die verstaatlichten Betriebe, die bisher beim Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe gelegen war, mit Ausnahme der Betriebe der Elektro-Energie, an die gesamte Regierung (Bundesregierung) übergegangen ist. Ausserdem ist bekanntlich die Verwaltung der verstaatlichten Betriebe hinsichtlich der Wahrung der Anteilsrechte der Republik auf die Industrie- und Bergbauverwaltungsgesellschaft übertragen worden.

Ich halte es daher für angezeigt, einen Abschlussbericht über die Tätigkeit der ÖVP-Fraktion in dem genannten 6er Ausschuss zu geben. Diesem Bericht muss aber eine historische Erinnerung vorangesetzt werden:

Wir haben uns die Bedeutung des Wahlausganges im Jahre 1949 nie rückhaltslos eingestanden und haben uns auf die Formel zurückgezogen, wir hätten die Wahlen gewonnen, aber die Regierungsbildung verloren. Man nahm als Vorwand hierfür in Anspruch, dass die Partei stimmenmässig zugenommen habe und ihre Verluste sich nur durch die Tücke der Wahlmathematik in der Anzahl der Mandate ausgedrückt hatte. Dieser Annahme liegt der grobe Fehler zugrunde, dass eben Wahlergebnissen nur ein relativer Wert zukommt; dieser aber

sich naturgemäss in der Mandatsanzahl aus, und Tatsache ist, dass wir 1949 die absolute Mehrheit im Parlament besaßen, nach 1949 aber diese Mehrheit verloren haben. Gestützt auf diesen sehr bedeutungsvollen Umstand, haben die Sozialisten gefordert, dass ihnen ein Wirtschaftsministerium übergeben wird. Um der Erfüllung dieser Forderung auszuweichen, wurde bekanntlich das Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung aufgelöst und seine Agenden auf verschiedene Ministerien verteilt. Die verstaatlichte Industrie wurde dem Verkehrsminister zugewiesen, die Verwaltung des deutschen Eigentums dem Finanzminister. Bei beiden wurde eine Paritätische Kommission eingesetzt (6er-Ausschuss), die den Ministern als beratende Organe zur Seite stehen sollte.- Die Schaffung solcher beratender Ausschüsse sollte sowohl uns dazu dienen, den Ressortminister für die verstaatlichten Betriebe abzuhalten, eine einseitige Politik in den ihm zugewiesenen Unternehmungen zu treiben. Dies gilt insbesondere für die Personal- und für die organisatorischen Fragen. Der 6er Ausschuss war daher berufen, die Aufsichtsräte und die Vorstände der Betriebe auszuwählen und organisatorische Veränderungen anzuregen oder abzulehnen.

Es ist zweckmässig, auch hier nochmals darauf hinzuweisen, dass diese Ausschüsse keine gesetzliche Verankerung hatten, sondern ausschliesslich auf einer Parteien-Vereinbarung beruhten. In der Öffentlichkeit wurde daher gelegentlich die Frage nach der verfassungsmässigen Existenzberechtigung dieser Ausschüsse aufgeworfen. Dazu ist festzustellen, dass nach der Verfassung der zuständige Bundesminister innerhalb seines Ressorts allerdings allein entscheidungsbefugt ist, der 6er-Ausschuss ist infolgedessen keine kollegiale Behörde, die von sich aus Weisungen erteilen und Stellenbesetzungen vornehmen kann.

Jedoch ist der Minister auf Grund der Koalitionsvereinbarungen intern an die einstimmigen Beschlüsse des 6er-Ausschusses gebunden, die er dann im verfassungsmässig vorgesehenen Rahmen durchzuführen hat, denn seine Berufung als Minister ist mit der von ihm eingegangenen Verpflichtung, sich der Beschlüsse des 6-er Ausschusses zu bedienen, gekoppelt. Freilich war die Durchschlagskraft der ÖVP-Fraktion

im Ausschuss weitgehendst davon abhängig, inwieweit die Gesamtpartei die Einhaltung des Koalitionspaktes zu erzwingen in der Lage war.

Die nachstehenden Daten geben einen Überblick über die Zahl der Sitzungen der Kommission b. Bundesminister f. Verkehr und verst. Betriebe:

<u>1950</u>	<u>1952</u>
1. Sitzung vom 20.3.	20. Sitzung vom 25.6.
2. " " 20.4.	21. " " 9.7.
3. " " 24.5.	" <u>1953</u>
4. " " 22.6.	22. " " 25.6.
5. " " 28.6.	23. " " 18.2.
	24. " " 18.3.
	25. " " 13.5.
	26. " " 8.7.
	27. " " 23.9.
	28. " " 25.11.
	" <u>1955</u>
	29. " " 10.2.
	30. " " 24.3.
	31. " " 5.7.
	32. " " 21.7.
	33. " " 6.12.
	<u>1956</u>
	34. " " 26.1.
<u>1951</u>	
6. Sitzung vom 17.1.	
7. " " 7.2.	
8. " " 8.3.	
9. " " 5.4.	
10. " " 7.6.	
11. " " 26.7.	
12. " " 3.10.	
13. " " 31.10.	
14. " <u>1952</u> 29.11.	
15. Sitzung vom 10.1.	
16. Sitzung vom 28.2.	
17. " " 16.4.	
18. " " 15.5.	
19. " " 19.6.	

Schon aus dieser Aufgliederung ist ersichtlich, dass die Tätigkeit nicht in allen Jahren gleich intensiv war.

Schon am Beginn zeigte sich, dass bei beiden Parteien ein gewisses Missbehagen den neuen Ausschüssen gegenüber bestand. Minister K r a u l a n d äusserte rückhaltslos in einer Sitzung, die in einer Landesparteileitungssitzung von Wien abgehalten wurde, die 6-er Ausschüsse hätten lediglich die Aufgabe, innerhalb der Regierung ein solches Mass von Schwierigkeiten zu erzeugen, um Bundeskanzler F i g l zum Rücktritt zu zwingen. Die Mitglieder der ÖVP-Fraktion stellten sich aber bald um und trachteten nach dem Ausschei-

den KRAULAND's darnach eine sachliche, der Volkswirtschaft dienliche Zusammenarbeit herbeizuführen. Ohne dem Urteil der Leser dieses Berichtes vorgreifen zu wollen, darf gesagt werden, dass stets, wenn nicht von der Fraktion unbeeinflussbare politische Strömungen dies verhinderten, die beiden 6-er Ausschüsse erspriesslich funktionierten.

Es muss gesagt werden, dass diese Verhandlungen, wie alle Parteienverhandlungen, stets sehr zähe und schwierig waren. Oft lag die Schwierigkeit in der Bedeutung und Schwere in der Materie, oft aber lag sie darin, dass zwischen den beiden Parteien grundsätzliche, nur schwer überbrückbare Gegensätze vorhanden waren, die auf die beiden verschiedenen Ideologien zurückzuführen waren; meist aber spielten andere politische Ursachen in die Arbeit der Ausschüsse herein. Waren solche Hemmnisse ausgeschaltet, ging die sachliche Arbeit verhältnismässig ruhig und erfolgreich von statten. In vielen Fällen genügte es, wenn es sich nur um einzelne persönliche Veränderungen handelte, dass die Veränderung durch unser Referat im Generalsekretariat ( das Politische Büro Dr.Tzöbl) im kurzen Wege dem Ministerium bekanntgegeben wurde. Dennoch gab es auch zahlreiche harte Debatten, die nur mit Mühe und grossen Anstrengungen zum Erfolg führen konnten. Dreimal wurden die Arbeiten der Parteikommission beim Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe auf längere Zeit unterbrochen. Einmal im Jahre 1950 (letzte Sitzung am 28.6.1950, erste Sitzung nach Wiederaufnahme am 17.I.1951) dann um die Wende 1952/1953, (nämlich vom 9.7.1952 bis 25.6.1953) und das 3.Mal zwischen dem 25.6.1953 bis 18.2.1954. Diese Krisen hatten aber ihre Ursache nicht unmittelbar im 6er-Ausschuss selbst, sondern im allgemeinen politischen Schwierigkeiten, die in der Koalition aufgetreten waren. Minister Waldbrunner war es, der diese Unterbrechungen herbeiführte, weil er damit einen Druck auf uns auszuüben hoffte. Unser Versuch, als Gegenwirkung die Sitzung des 6er Ausschusses beim Bundesminister für Finanzen nicht zu besuchen, war aus 2 Gründen unwirksam: a) die Materien waren völlig unvergleichbar, bei Waldbrunner ging es um grosse entscheidende Materien, im Finanzministerium hingegen meist um kleine unbedeutende Betriebe. b) war es in der Regel so, dass nicht die So-

./.

zialisten an der Lösung des Problems im Finanzministerium, sondern wir selbst, sei es aus politischen, aus parteilichen oder aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gründen interessiert waren.

Bevor in die einzelnen Materien eingegangen werden soll, möchte ich die Grundsätze festhalten, von denen sich die ÖVP-Fraktion durch des 6er-Ausschusses leiten liess. Als solche darf herausgestellt werden: die Fraktion hat die Tatsache der Verstaatlichung als eine im wesentlichen nicht abänderbare Gegebenheit hingenommen und insbesondere mit Bezug auf die Grundstoff-Industrie die Verstaatlichung als richtig angesehen und daher bei den Organisationsfragen stets den Gesichtspunkt höchster <sup>volks-</sup>wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit in den Vordergrund gestellt, bei der Auswahl der Personen aber sich davon leiten lassen, dass es eine unabdingbare Forderung der Partei ist, dass an diesen, gerade wegen ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung politisch so wichtigen Stellen auch gesinnungsgemäss verlässliche Persönlichkeiten stehen müssen. Sie hat daher stets den Standpunkt vertreten, dass die Besetzung in doppelter Hinsicht gewissenhaft vorgenommen werden muss. Die Kandidaten müssen in jeder Weise befriedigende Fachleute sein, es darf aber nicht verabsäumt werden, dass auch auf ihre politische Verlässlichkeit zu überprüfen und nur solche Personen auszuwählen, die einer solchen Prüfung absolut standhalten können. Es muss auch festgestellt werden, dass die ÖVP-Fraktion niemals "Protektionskinder" vorgeschoben hat, sondern stets wirkliche Fachleute, was auch die gegenwärtige Besetzung der einzelnen Stellen beweist.

Der Grundsatz der Trennung von Politik und Wirtschaft wurde gleichfalls mit grösster Gewissenhaftigkeit gewahrt. Die Fraktion hat stets darauf Rücksicht genommen, dass der vorletzte Bundesparteitag ausdrücklich die Mitgliedschaft in einem Aufsichtsrat eines verstaatlichten Betriebes und in einem öffentlichen Verwaltungskörper, der eine Immunität mit sich bringt, unvereinbar ist. Sie hat daher nicht nur dort, wo Abgeordnete Aufsichtsratsstellen hatten, diese nach Möglichkeit abgezogen, sondern auch der Berufung von Abgeordneten in Aufsichtsräte heftigsten Widerstand entgegengesetzt. Wenn vereinzelt doch Abgeordnete der ÖVP-Fraktion des 6-er Ausschusses aufgedrungen, oder aber es handelt sich um Sondergesellschaften in der Ener-

gliewirtschaft, bei denen die Hälfte der Mandate des Aufsichtsrates von den Ländern zu besetzen sind, die sich von dem Standpunkt, sie müssten durch Mitglieder ihrer Landesregierung vertreten sein, nicht abbringen liessen. Hinsichtlich der Vorstände hielten wir grundsätzlich an dem Prinzip fest, dass das Bundesministerium für Vermögensversicherung und Wirtschaftsplanung aufgestellt hatte, dass an der Spitze jedes Unternehmens ein aus 4 Personen bestehender Vorstand zu stehen habe. Es hat sich auch erwiesen, dass diese Vorstandsform die beste ist, weil sie die beste Aufteilung der Agenden erlaubt. Je ein Vorstandsmitglied kann auf diese Weise nämlich zugeteilt werden:

- a) das Administrative (Rechtsfragen, Versicherungen und Personalien)
- b) das Technische
- c) das Finanzielle ( insbesondere das betriebliche Rechnungswesen) und
- d) das Kommerzielle (Ein- und Verkauf).

Wo immer solche 4er- Vorstände oder Verwalter-Kollegien aus 4 Mitgliedern wirkten, war die Gestion der Betriebe zufriedenstellend und vollzog sich unter den geringsten Reibungen. Auch das Dirimierungsrecht des Vorsitzers des Vorstandes erwies sich nur in diesen 4er-Vorständen als sinnvoll.

Aus der Zeit der Tätigkeit des Bundesministers für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung klagte nur ein einziger Vorstand, der mit 3 Mitglieder besetzt war, hierüber, nämlich der der Firma Schoeller-Bleckmann. Sehr viele Anzeichen sprechen dafür, die Schwierigkeiten dieses Unternehmens seien nicht zum geringsten Teil aus dieser Fehlkonstruktion des Vorstandes entsprungen, die dem technischen Vorstandsmitglied ein völliges unzukommendes Vorzugsrecht einräumte.

Erst recht erweisen sich 2er Vorstände als unglücklich. Hatte ein Mitglied das Dirimierungsrecht, so war das andere Mitglied überhaupt zur Bedeutungslosigkeit verurteilt, siehe den Fall Hitzinger - Weitzer. Waren aber die beiden Vorstandsmitglieder gleichgestellt, dann war es häufig notwendig, bei Meinungsverschiedenheiten Zuflucht zu nehmen zum Vorsitz des Aufsichtsrates oder zu einem Aufsichtsratsausschuss, was eine Verwischung der Grenzen der Zuständigkeit zwischen Aufsichtsrat und Vorstand bedeutet.

Die Sozialisten waren stets bestrebt, die Vorstände möglichst einzuschränken. Das hatte aber nicht etwa in erhöhter Sparsamkeit oder in einer anderen sachlichen Überlegung seine Ursache, sondern wir mussten vielmehr beobachten, dass sie die Einschränkungen anstreben mussten, weil sie die erforderlichen Kandidaten für eine grössere Anzahl von Vorstandsposten einfach nicht aufzutreiben wussten. Sie mussten auf Personen 3. und 4. Qualität greifen und erlitten mit diesen empfindliche Niederlagen. Paradebeispiel dafür war der Generaldirektor der Simmering-Graz-Pauker-Werke Trimmel, vor dessen Berufung wir sie warnten und den sie dann tatsächlich nach verhältnismässig kurzer Zeit, weil die eigene Arbeiterschaft wegen seiner Unfähigkeit in Streik trat, abberufen musste.

Bezüglich der Aufsichtsräte waren wir bestrebt, sie grundsätzlich möglichst klein zu halten. Es musste darauf Rücksicht genommen werden, dass die Betriebsräte 2 Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden befugt sind, Da diese Mitglieder in der Regel Sozialisten sind, war es notwendig, weil diese der Sozialistischen Partei aufgerechnet wurden, jeden Aufsichtsrat aus mindestens 7, als wir nach dem Wahlergebnis von 1953 an die Stelle des Proporz die Parität setzen mussten, aus mindestens 6 Mitgliedern zusammensetzen müssen. In der Regel waren aber die Ziffern höher, weil sowohl auf unserer Seite, sowie auf Seite der Sozialisten Belange zu vertreten waren, die durch erhöhte Bestellungen von Aufsichtsräten Berücksichtigungen finden mussten. Hierher zählt die Forderung der grossen Konsumenten, in den Betrieben vertreten zu sein. Soweit dies möglich war, wurde dieser Forderung auch entsprochen. Vertreter des Handels wurden nur dann in die Aufsichtsräte berufen, wenn die Gruppe Handel diese Berufung ausdrücklich verlangte. Das war selten der Fall. Hingegen hat sich z.B. die Gruppe Kohlenhandel ausdrücklich dagegen verwahrt, dass Vertreter des Handels in den Aufsichtsrat der Kohlenbergbaubetriebe berufen werden, weil man dadurch eine ungerechtfertigte Bevorzugung befürchtete. Grundsätzlich wurde die Berufung von Vertretern, deren Betriebe zu dem betreffenden Betrieb in Konkurrenz steht, abgelehnt.



Grosse Schwierigkeiten bildet die Frage der sogenannten Ministerial-Vertreter. Der Bundesminister für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung hatte ursprünglich in mehreren Aufsichtsräten auch Vertreter von anderen Ministerien z.B. vom Handelsministerium oder Finanzministerium berufen. Später stellte er sich auf den Standpunkt, dass nur 1 Vertreter seines Ministeriums im Aufsichtsrat aufzusehen hat, der als Beamter an seine Weisung gebunden ist, aber auf die Parteien ohne Rücksicht auf seine eigene politische Einstellung nicht angerechnet werden darf. Diesen Grundsatz hat sich auch Minister WALDBRUNNER zu eigen gemacht. Die Vertreter der Ministerien blieben daher nur in den Holding-Gesellschaften unangefochten. In die Aufsichtsräte der einzelnen Firmen selbst wurde nur 1 Vertreter des Ministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe berufen. In Konsequenz des erwähnten Grundsatzes, dass Ministerial-Vertreter nicht aufzurechnen sind, duldet Minister WALDBRUNNER auch die Aufrechnung seiner Ministerialvertreter nicht. Auf diese Weise erhielten schlagartig alle Unternehmen Aufsichtsräte, die durch die Stimme des Weisungsgebundenen Ministerialvertreters eine sozialistische Mehrheit hatten. Dazu müssen wir feststellen, dass wir die Beobachtung machen konnten, dass die Ministerialvertreter an den Sitzungen der sozialistischen Fraktion regelmässig teilnahmen, sowie dass sich die sozialistischen Aufsichtsratsmitglieder sehr bald gewöhnt hatten, ihr Votum und ihre Stimme nach der Haltung und der Abstimmung des Ministerialvertreters zu orientieren.

Hinsichtlich der Gesamtorganisation vertrat die ÖVP-Fraktion den Standpunkt, dass allen Zentralisierungstendenzen, die sowohl beim Ministerium wie auch in einzelnen Gesellschaften zu beobachten waren, entgegen getreten werden muss. Das Ziel Waldbrunner war es, einen staatlichen Trust, der vom Ministerium zentral dirigiert wird, auszubilden, ihm aber dadurch eine besondere Macht zu geben, dass er sie mit anderen Betrieben, die im Eigentum von Städten, Ländern, Gemeinden und solchen Genossenschaften stehen, zusammenzuspannen versuchte, deren politische Ausrichtung eindeutig sozialistisch war. Waldbrunner setzte

daher alles daran, die verstaatlichten Betriebe zu Mitgliedern der Gemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft, deren geistiger Urheber und Verteidiger in der Öffentlichkeit der Innsbrucker Universitätsprofessor Dr. B a y e r ist, zu machen. Dem gegenüber gaben wir die Weisung aus, den Beitritt zu dieser Organisation zu verweigern. Mit Ausnahme von ganz wenig Uneinsichtigen wurde diese Weisung von den Direktoren der verstaatlichten Industrie eingehalten. Die Absicht Waldbrunners, auf diese Weise eine im wesentlichen von ihm dirigierte geballte Wirtschaftsmacht zustande zu bringen, die er allmählich zur Erdrückung der Privatwirtschaft nützen könnte, war damit vereitelt.

Getragen von der gleichen Tendenz hielten wir an den bestehenden Holdinggesellschaften fest und hätten es für das Zweckmässigste erachtet, auch die anderen Fachgruppen, so insbesondere die Buntmetallbetriebe und die Betriebe der Elektroindustrie zu einer Holdung zusammen zu schliessen. Die Holdings hatten die Aufgabe, eine Zwischeninstanz zwischen Betrieb und Ministerium zu schaffen. Das war schon immer die Absicht des Bundesministers für Vermögensversicherung und Wirtschaftsplanung. Dass sich die Holdings für diesen Zweck nur teilweise eignen, liegt <sup>wie</sup> an anderer Stelle ausgeführt werden wird, nicht am Organisationsprinzip, sondern an den zur Verfügung stehenden Personen. Die Holdings sollten Führungs- aber keine Verwaltungsholdings sein. Wir haben es daher regelmässig bekämpft, dass Holdingsdirektoren Präsidenten oder Vizepräsidenten in Untergesellschaften werden.

Die ÖVP-Fraktion hat niemals einen Zweifel darüber gelassen, dass sie die Verstaatlichung von Fertigungsbetrieben für eine Fehllösung hält und hat daher die Notwendigkeit ihrer Reprivatisierung wiederholt, zuletzt durch Nationalrat K ö c k am 22.3.1955 betont. Vor allem in der Elektroindustrie wird sich die Konkurrenz mit den deutschen Mutterhäusern mehrerer solcher Betriebe auf die Dauer nicht durchhalten lassen.

Um einen Überblick zu erlangen soll nach Fachgruppen nachstehender Abschlussbericht gegeben werden:

1) Energiewirtschaft:

Die oberste Leitung der Energiewirtschaft wurde in die Hand der Österreichischen Elektrizitätsgesellschaft (Verbundgesellschaft) gelegt. Ihr Statut ist durch das 2. Verstaatlichungsgesetz festgelegt. Die Bildung der Organe war daher hier verhältnismässig leicht. Es sind auch bis zum heutigen Tag im Vorstand überhaupt und im Aufsichtsrat nur unbedeutende Veränderungen vorgenommen worden. Hingegen waren ordentliche Organe einzusetzen bei den Betrieben:

Donaukraftwerke, Ennskraftwerke, Tauernkraftwerke, Donaukraftwerke.

Unter öffentlicher Verwaltung blieben bis heute noch die Illwerke und die Innwerke. Grössere Schwierigkeiten waren bei den

TAUERNKRAFTWERKEN: Unser Vorsitzender im Aufsichtsrat Dr. HILDMANN war seit Jahren krank. Entgegen unserem Rat, ihn rechtzeitig abzurufen bestanden unsere Parteifreunde in Salzburg auf seinem Verbleiben. Unsere Vorsichtsmassnahme wäre berechtigt gewesen. Als Hildmann plötzlich starb, verlangten die Sozialisten den Vorsitz für sich und heute ist tatsächlich der Sozialist MAREK Präsident des Kraftwerkes Kaprun. Nur mit grösster Mühe konnte es auch gelingen, den von unseren Salzburger Parteifreunden dringend verlangten Michael HASLINGER in den Aufsichtsrat zu bringen.

Die grösste Schwierigkeit aber im Energiesektor bereitete die Bestellung der Organe bei den DONAUKRAFTWERKEN: Die Sozialisten beriefen ein bisheriges Mitglied der Tauernkraftwerke in den Vorstand der Donaukraftwerke. Als es nun zur Neubestellung der Organe bei den Tauernkraftwerken kam, überrumpelten sie unsere Aufsichtsratsmitglieder, liessen den bisherigen Generaldirektor Dr. KROUPA wegen der Erreichung der Altersgrenze ausscheiden und nicht mehr ersetzen. Bei den Donaukraftwerken aber verlangten sie für ihr Mitglied den Vorsitz und das Dirimierungsrecht. Da sich die niederösterreichische Parteileitung bzw. unsere Vertretungen im Aufsichtsrat absolut weh-

ren, dieses Zugeständnis zu machen, konnte die Frage bis heute nicht gelöst werden, sodass die Sozialisten zu einem neuen Akt der Retorsion schritten. Als die Verträge der Vorstandsmitglieder der Draukraftwerke abliefen, stellten sie unserem Vorstandsmitglied Dr. KREBS einen Vertragsentwurf zu, in dem ihm der Generaldirektorstitel aberkannt wurde.

Die ILLWERKE gelten wenigstens teilweise als deutsches Eigentum. Verhandlungen über die "Einsetzung ordentlicher Organe sind bisher nicht zum Abschluss gekommen, obwohl Vertreter von Vorarlberg sich selbst um die Beschleunigung der Erledigung bemühten.

Unser gegenwärtiger Stand in der Elektrizitätswirtschaft besteht aus: 2 Generaldirektoren, 6 Direktoren, 4 Präsidenten, 5 Vizepräsidenten, 31 Aufsichtsräten und 2 öffentlichen Verwaltern.

## 2) Eisen :

Bei der Alpine-Montanges. tauchten auf unserer Seite keine Probleme auf. Der Betrieb wurde zwar unter öffentlicher Verwaltung belassen, aber es wurde grundsätzlich ein 4-gliedriges Verwaltungskomitee bestellt, dem ein Beirat beigegeben würde, der den Auftrag erhalten hatte, sich wie ein Aufsichtsrat zu verhalten, wie ja auch das Verwaltungskomitee angewiesen wurde, seine Agenden nach der Art eines Vorstandes einer A.G. zu erledigen. Die Sozialisten konnten ihr 4. Vorstandsmandat bis zum heutigen Tag nicht besetzen. Den Kandidaten, den sie seinerzeit vorgeschlagen hatten, mussten sie fallen lassen, weil gegen ihn eine Strafuntersuchung anhängig war. Dennoch kam es, obwohl sonst bei diesem Betrieb keinerlei Schwierigkeiten eintraten, dazu, dass der Ressortminister zweimal von Weisungsrecht nach § 7 des Verwaltergesetzes Gebrauch machte. Abgesehen davon, dass dieses Weisungsrecht nach den Bestimmungen des 1. Verstaatlichungsgesetzes mehr als fraglich war, waren die Gegenstände auch so, dass der Minister damit keine Ehre einlegen konnte. Die erste § 7-Weisung beschäftigte sich mit der Anbringung von Propagan-

dazetteln auf Kraftwagen, die im Eigentum der verstaatlichten Betriebe stehen, im zweiten Fall forderte der Minister die Entlassung eines Angestellten, offenbar nur, weil dieser Abgeordneter der ÖVP zum steirischen Landtag war. Mit beiden Weisungen stellte sich der Minister zweifellos vor einer ernst zu nehmenden Kritik in schwerster Weise bloss.

Bei dem zweiten grossen Stahlbetrieb, bei den Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerken (VÖEST) waren die Dinge bis zur Bestellung eines Verwalterkollegiums und eines Beirates zwar vorbereitet, aber nicht bis zu ihrer Durchführung gediehen. Der Bundesminister für Vermögensversicherung und Wirtschaftsplanung hat sowohl die Personen des Vorstandes wie des Beirates entgültig in Aussicht genommen. Der Vorsitzende des Beirates Dr. M a i x verlangte aber vor der Annahme seiner Berufung eine Aussprache mit dem Ressortminister über den Eisenplan. Der Ressortminister seinerseits erklärte sich bereit, eine solche Aussprache nach der Ernennung Dr. Maix zum Vorsitzenden anzuberaumen. Da eine Beilegung des Konfliktes nicht zu erwirken war, unterblieb die Bestellung der Quasiorgane. Diese Unterlassung sollte sich schwer rächen, denn ihr ist es zuzuschreiben, dass bis heute die sozietären Organe in diesem bedeutungsvollen Unternehmen nicht zustande gebracht wurden. Der Betrieb war zunächst unter der öffentlichen Verwaltung eines unserer Partei zwar nicht angehörenden, aber nahestehenden Mannes, des bekannten Generaldirektors Dr. RICHTER-BROHM gestellt worden. Dr. Richter-Brohm hatte mit grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, da der Betrieb ja erst ausgebaut werden musste und sich die Notwendigkeit ergab, einen Auslandsmarkt zu erschliessen. Die Finanzgebarung Dr. Richter-Brohms erforderte daher ein ausserordentliches Mass an Beweglichkeit und Wagemut. Verschiedene derartige Transaktionen wurden nach 1949 vom neuen Ressortminister, dem Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe zum Anlass genommen, um Richter-Brohm in den Verdacht strafbarer Handlungen zu bringen. Er konnte dies um so leichter, als es noch an der Zeit, als das Ministerium in unserer Hand war, in der Umgebung Richter-Brohms einige Personen waren, deren Lauterkeit auch von uns bezweifelt wurde. Im Zuge eines heftigen Pressekampfes und schäffster

polemischer Auseinandersetzungen im Parlament gelang es mir jedoch, die Unhaltbarkeit der Angriffe auf Richter-Brohm nachzuweisen, um so mehr, als auch das Gericht trotz persönlicher Interventionen des Justizministers sich genötigt sahen, im Instanzenweg die Einstellung des Verfahrens gegen Richter-Brohm anzuordnen. Wider Recht und Billigkeit hat sich Minister Waldbrunner unserer wiederholt vorgebrachten Forderung, Richter-Brohm dadurch zu rehabilitieren, dass ihm ein neuer Posten in der verstaatlichten Industrie Österreichs verliehen wird, widersetzt. Unsere Bemühungen, die wirklichen Leistungen Richter-Brohms ins richtige Licht zu setzen haben aber immerhin dazu geführt, dass er heute in Deutschland Vorstandsmitglied in einem angesehenen Unternehmen ist. Unterdessen liess Minister Waldbrunner die VÖEST von einem Mann, der zwar durchaus dem bürgerlichen Lager angehörte, der aber als reiner Fachmann den politischen Schwierigkeiten des Betriebes nicht gewachsen war, Generaldirektor Dr. FALKENBACH, einem ehemaligen Beamten des Ministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, verwalten. Unter dem Eindruck der ihm gestellten Aufgabe nicht gewachsen zu sein und durch Überanstrengung erschöpft, wurde Dr. Falkenbach das Opfer eines frühen Todes. Die Verhandlungen im 6-er Ausschuss über die Neubesetzung der öffentlichen Verwaltung führten in der 20. Sitzung zu dem grundsätzlichen Beschluss, 2 öffentliche Verwalter einzusetzen. Die beiden Parteien machten hierfür Dipl. Ing. HITZINGER und Dr. Ing. WEITZER namhaft. Hitzinger wurde das Dirimierungsrecht eingeräumt. Im Zeitpunkt dieser Verhandlungen beschäftigte sich der 6-er Ausschuss neben den Personalproblemen vornehmlich das Problem der Fusionierung Alpine -VÖEST. Der Beschluss wurde daher unsererseits dahin aufgefasst, dass das 2 gliedrige Verwalterkollegium mit dem Dirimierungsrecht Hietzingers mit dem 31.12.1952 terminisiert ist, das bis zu diesem Zeitpunkt entweder die Fusionierung durchgeführt werden sollte, oder aber, wenn es zu dieser nicht käme, die Bestellung der Organe für jeden dieser beiden Betriebe vorzunehmen wäre. Aus diesen Provisorien ist durch die allgemeine politische Entwicklung der heutige Zustand entstanden, obwohl die Organbestellung von uns immer wieder urgiert wurde. Allerdings war unsererseits hierfür eine Schwie-

rigkeit darin, dass die Personenfrage bis zum heutigen Tag nicht entgültig entschieden wurde.

Diesem Umstand ist es zuzuschreiben, dass es Hietzinger gelungen ist, seine Ausweitungsbestrebungen zu verwirklichen. Sein 1. Opfer war die Hütte Liezen. Dieses Unternehmen ist hervorgegangen aus der Schmidhütte Krems und wurde durch Verlagerung während des Krieges ins Leben gerufen. Die von uns dort bestellten Organe waren allerdings nicht glücklich ausgewählt. Der Minister für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung musste den ÖVP-Vertreter in der öffentlichen Verwaltung Dr. Riemer abberufen, weil zweifellos die Schuld an den Unzulänglichkeiten der Geschäftsführung und an den dauernden Streitigkeiten mit dem Sozialisten HENNELOTTER auf ihn zurück zu führen waren. An die Spitze des Unternehmens wurde dann von der ÖVP Dr. Aichholzer und von der SPÖ Direktor Schnitzer gestellt. Beide Personen haben sich als ausgezeichnete Fachleute erwiesen und haben in kürzester Zeit den Betrieb in Ordnung gebracht. Leider ereilte Aichholzer plötzlich der Tod. Der an seine Stelle gesetzte ÖVP-Mann SCHMIDT war sicher ein ausgezeichnete Fachmann, was schon dadurch erwiesen ist, dass es heute in Deutschland an hervorragender Stelle wirkt, der Wechsel in der Führung fiel aber just in den Zeitraum, in dem der Stahlbedarf auf dem Weltmarkt zurückging und sich Krisenerscheinungen einstellten. Die Hütte Liezen suchte daher Anlehnungen<sup>an</sup> einen Grossbetrieb. Die Alpine lehnte dies ab, um so begieriger griff die VÖEST zu. Die ÖVP wollte die Selbständigkeit des Betriebes wahren und eine Sanierung dadurch erreichen, dass die VÖEST die Hütte Liezen mit Aufträgen im Werkvertrag beschäftigt. Verschiedene Mängel, auch technischer Natur, liessen die Hoffnung, auf diesem Weg zu einer günstigen Lösung zu kommen, plötzlich sinken, unsere eigene Aufsichtsratfraktion verlor das Vertrauen zur Fortsetzung des Betriebes und es kam zu einem Betriebsüberlassungsvertrag zwischen VÖEST und Hütte Liezen, nach dem das Risiko höchst einseitig auf Seite der Hütte Liezen, die als Mantel gesellschaftlich bestehen blieb, lautete. Die VÖEST kann dem Betrieb jederzeit halbjährlich kündigen und den Betrieb seinem Schicksal überlassen. Trotz unserer schärfsten Missbilligung die-

ser Massnahmen hat Minister Waldbrunner an dem Vertrag festgehalten. Schon nach wenigen Monaten stieg die Produktionsmenge der Hütte Liezen in so hohem Masse, dass die Richtigkeit unseres Vorschlages, die Hütte im Werkvertrag zu beschäftigen, erwiesen war. Die gegenwärtige Konstruktion hat Liezen zu einem wertvollen Bestandteil der VÖEST gemacht. Das erweist aber auch, dass ihre Selbständigerhaltung durchaus möglich gewesen wäre.

Auf Grund dieser Erfahrung und im Hinblick darauf, dass die VÖEST der nächstgelegene Betrieb der Hütte Krems war, gaben wir die Zustimmung, dass die beiden öffentlichen Verwalter der VÖEST zu öffentlichen Verwaltern der Hütte Krems und später zu Geschäftsführern dieses Unternehmens bestellt wurden, das diese die Zusicherung gaben, dass Produktionsprogramm so einzurichten, dass die Hütte Krems und später zu Geschäftsführern dieses Unternehmens bestellt wurden, da diese die Zusicherung gaben, das Produktionsprogramm so einzurichten, dass die Hütte Krems aufrecht erhalten bleibt und keine Arbeitslosigkeit entsteht. Zu dieser Lösung musste man sich auch unso mehr entschliessen, als die Zeit drängte. Es musste ja auch alle anderen Betriebe, die unter USIA-Verwaltung standen, in österreichische Verwaltung genommen werden. Unsere Verfügungsmöglichkeit über Fachleute war daher zu diesem Zeitpunkt ausserordentlich beschränkt. Es war die allgemeine Überzeugung, dass die beste Lösung darin zu suchen ist, überall wo Organverhältnisse oder sonstige Verbindungen von Betrieben vorfindlich sind, die Vorstände oder öffentlichen Verwalter der respektiven Betriebe zu öffentlichen Verwaltern der zurückgekehrten USIA-Betriebe zu bestellen.

Den gleichmässigsten Verlauf nahm neben der Alpine-Montangesellschaft die Firma B ö h l e r. Nur einige Personen des Aufsichtsrates, die sich als unfähig erwiesen hatten wurden ausgeschieden und durch neue Leute ersetzt (Dr. Tzöbl), (Dkfm. Königswieser) ersetzt. Lediglich bei der Bestellung des Vorstandes entstand ein Problem, das bis heute nicht gelöst ist. Als das 4. Vorstandsmitglied starb, tauchten Pläne auf, den Vorstand auf 2 Mitglieder zu reduzieren, bzw. eine Zusammenlegung der Firma Böhler mit der Firma SCHÖCKER-BLECKMANN herbei zu führen. Anlass dazu waren grosse Unzukömmlich-



keiten bei der Firma Schöller - Bleckmann, die zuerst einen 3er Vorstand, später einen 2er Vorstand hatte, an dessen Spitze Generaldirektor Dr.Grassinger (SPÖ) stand, den man für zahlreiche Fehlinvestitionen verantwortlich machte. Die Sozialisten waren bestrebt, die Verfehlungen ihres Generaldirektors zu kaschieren und forcieren jetzt teilweise mit Unterstützung von Interessierten aus unseren eigenen Reihen (Mayer-Mallenaу) die Fusionierung der Betriebe Schöller-Bleckmann und Böhler. In den verschiedensten Varianten wurde uns diese Fusion schmackhaft gemacht. Am weitestgehenden war der Plan der Interessengemeinschaft Stahl. Bei dieser wäre auch die Feinstahlerzeugung aus der Alpine herausgenommen und dieser I.G.Stahl zugewiesen worden. Aus ideologischen Gründen, aus Gründen unseres Parteiprogramms aber auch sehr nüchternen praktischen Erwägungen haben wir uns in zähem Kampf jedem derartigen Fusionsversuch verschlossen. Durch sorgfältige Prüfung der Möglichkeiten der Firma Schöller-Bleckmann und der Notwendigkeiten der Sanierung dieses Betriebes kamen wir auf Grund von Gutachten von hervorragenden Fachleuten zu der Überzeugung, dass mit der Bereitstellung eines Kapitels von 150 Millionen Schilling Schöller-Bleckmann als selbständiges Unternehmen aufrecht erhalten und gesunden kann, wenn es unter eine neue tatkräftige Leitung kommt. Entgegen dem lebhaftesten Widerstand der Sozialisten haben wir eine Neubildung des Aufsichtsrates durchgesetzt und eine Neukonstruktion im Vorstand erwirkt. Dank dem grosszügigen Entgegenkommen und der tatkräftigen Unterstützung Dr. K a m i t z konnte der neue Vorsitzende der Aufsichtsrates, Dr. T z ö b l, die Finanzfragen lösen und in zähen Verhandlungen mit den Belegschaftsvertretern eine neue Arbeitsordnung einführen. Der sozialistische Generaldirektor GRASSINGER wurde amoviert. Es würde zwar wieder ein Sozialist, aber ein bewährter Fachmann, der von der Hütte Liezen bekannte Direktor Schnitzer zum Generaldirektor bestellt. Unser Mann im Vorstand Dr.Fitzinger bestätigt und als 2.Techniker der ÖVP-Mann Matouschka eingestellt. Der erste Bilanz schnitt noch mit einem Millionenverlust ab, die 2.Bilanz wird mit einem Millionengewinn, der ein Vielfaches des vorjährigen Verlustes beträgt, abschneiden. Dieser Erfolg ist um so mehr als ÖVP-Erfolg zu registrieren, als die Sozialisten bereits deutlich er-

kennen liessen, dass sie mit ihrer Interessengemeinschaft Stahl bereit sind, Ternitz fallen zu lassen und die übrigen Schöller-Bleckmann-Betriebe mit Böhler zu vereinigen.

Um die gemeinsamen Fragen einer beide Seiten befriedigenden Lösung zuzuführen wurden mehrere Personen des Aufsichtsrates von Böhler gleichzeitig in den Aufsichtsrat von Schöller-Bleckmann berufen. Aus diesen bildeten die beiden Aufsichtsräte einen gemeinsamen Koordinierungsausschuss, der abwechselnd unter dem Vorsitz des Böhler- bzw. des Schöller Vorsitzenden der Aufsichtsräte zusammentritt und nach Überwindung von Anfangsschwierigkeiten eine erspriessliche Tätigkeit erwarten lässt.

Was den Vorsitz bei Böhler anbelangt, ist die Ergänzung durch ein weiteres ÖVP-Mitglied noch offen.

Anschliessend sei zum Kapitel Eisen noch auf die Entwicklung der Eisenholding hingewiesen. Der Holdingsgedanke an sich hat, wie die Erfolge der Verbundgesellschaft und der Kohlenholding zeigte, bewährt. In der Eisenholding war von Anfang an das Problem der Personalbesetzung schwierig. Die Sozialisten entsandten einen tüchtigen Mann: Direktor Marttetschläger. Auf unserer Seite war die Auswahl der Personen nicht sehr glücklich. Generaldirektor D o u b e, der für das technische Ressort bestellt wurde, war zweifellos seinerzeit eine allgemein anerkannte Grösse, zu der die Gesamtheit der Hütten- und Stahlwerke aufschaute. Jetzt war er aber ein verbrauchter Mann, dessen Tätigkeit nur so lange erspriesslich war, als er in der Person des Dr. Leithner einen <sup>den</sup> Erfordernissen der Zeit gewachsenen Generalkonsulenten an der Seite hatte. Ein völliger Versager war der zum Administrativdirektor berufene Dr. Feitscher. Nicht nur, dass Feitscher offenbar hinsichtlich seiner juristischen Bildung unzugänglich war, fehlte ihm auch das gewisse Mass von "savoir vivre" sodass er dauernd auf allen Seiten ansties und schliesslich sich auch mit dem Ressortminister derart zerschlug, dass er selbst um seine Enthebung ersuchte. Die Sozialisten haben das 4. Mandat ursprünglich mit Hietzinger besetzt gehabt, ihn aber schon nach wenigen Wochen zurückgezogen. Die Eisen-Holding wurde daraufhin von einem 2er-Vorstand, bestehend aus Ing. BLUMAUER ÖVP und Professor KÜBLER SPÖ geführt. Ing. Blumauer hat sich zweifellos auf dem schwie-

rigen Posten tadellos bewährt, entbehrte aber jeder Stütze im Vorsitz des Aufsichtsrates, da dieser von der überragenden Persönlichkeit Böck-Greissaus auf den sozialistischen Landesrat Matzner übergegangen war. Der Widerstand gegen die Eisenholding, der von jeher da war, nahm nun zu und die Plumauer gestellte Aufgabe war jetzt unlösbar. Wäre man beim Holdingssystem geblieben, wäre es notwendig gewesen, wiederum einen 4er - Vorstand herzustellen und aus den Generaldirektoren der Betriebe einen Beirat zu schaffen, der die Direktoren der Eisenholding bei der Durchsetzung ihrer Erkenntnisse unterstützt hätte. Auch wäre es zweckmässig gewesen, ein Weisungsrecht einzuführen. Die im Treuhandvertrag bisher vorgesehenen Empfehlungsbefugnisse erwiesen sich als völlig unzureichend.

### 3.) Kohle:

Bei der Gründung der Kohlen-Holding wurde zunächst daran gedacht, den Direktor der Lankowitzer Kohlen-Compagnie, Dr. Laverant-Stiebar zum Generaldirektor und Ministerialrat Dr. Ippen zum Vorstandsmitglied zu machen. Die Verhandlungen mit Laverant-Stiebar wurden sehr bald abgebrochen, da der Genannte dem Ministerium ein Programm einreichte, das eine völlige Zentralisierung aller Braunkohlenbergwerke vorsah, die unter einer einheitlichen Generaldirektion zu führen gewesen wären.

Der Aufsichtsrat der Bergbaubetriebsgesellschaft hat nur geringe Veränderungen erfahren. Stadtrat EXEL ging mit Tod ab. Eine Ergänzung war aus Proporzgründen nicht möglich.

Der einzige Kohlenbergbau österreichische Steinkohlenbergbaubetrieb Sirius-Grünbach lag im russischen Gebiet und stand unter USIA-Verwaltung. Wegen dieser Zentralisierungspläne Laverants, aber auch weil der Kohlenbergbaubetrieb der Alpine-Montan aus dieser auszuschneiden beabsichtigte, wurde Laverant von unserer Partei fallen gelassen bzw. abgelehnt. Die Aufgabe Dr. Ippens wäre es gewesen, die Inter-

essen unserer Partei, vor allem auf dem Gebiet der Administration (Personal, Jus, Versicherungen) zu wahren. Dr. Ippen zeigte aber weit mehr Interesse für das Technisch-Bergmännische-Referat und geriet dadurch dauernd in Gegensatz mit dem technischen Direktor, den die sozialistische Partei stellte. Man entschloss sich schliesslich unsererseits, einen Vertreter der Alpine-Montan zum Generaldirektor zu bestellen, nämlich Dr. Karger. Leider haben wir auch mit diesem Mann keine guten Erfahrungen gemacht. KARGERER musste nach einiger Zeit seines Wirkens abberufen werden und der 6er Ausschuss entschloss sich, den Vorstand der Kohlenholding auf 2 Mann zu reduzieren. Dadurch ging die Position des Generaldirektors für unsere Partei verloren, da die Sozialisten die Stellung des Generaldirektors für ihren Mann, Direktor TAMBOURNINO, verlangten, da unser neues Vorstandsmitglied, Dipl. Ing. Sykora nicht nur an Jahren, sondern auch an Dienstjahren der Jüngere war. Als Generalsekretär stellten wir von Anfang an den Vorstand der Kohlen-Holding, Dr. Karl ANGERER bei. Obwohl es dem ausserordentlichen Geschick und der Geschmeidigkeit Ing. Sykoras gelungen ist, die Geschäfte der Kohlen-Holding stets zufriedenstellend zu lenken, darf doch nicht verschwiegen werden, dass auch hier die Konstruktion eines 2er Vorstandes sich nicht bewährte und Direktor Sykora grosse Schwierigkeiten zu überwinden hatte. Leider entwickelte sich auch das Verhältnis Sykora-Angerer nicht so befriedigend, wie wir es wünschen mussten. Dennoch darf gesagt werden, dass seine Stellung in der Kohlen-Holding eine gefestigte und die Leistungen unserer Vertreter eine in hohem Masse befriedigende war. Es lag in der Natur der Sache, dass die Kohlenholding besser funktionieren konnte, als die Eisen-Holding; denn während die Eisenholding völliges Neuland betrat, hatte die Kohlenholding im Kohlen-Syndikat eine Vorläuferin, die schon wertvolle Erfahrungen sammeln und durch die Übernahme des Ing. Reimoser's ausnützen konnte. Ausserdem war der Wirkungskreis der Kohlen-Holding umfassender als der der Eisen-Holding, da die Kohlenholding zentral den Absatz der Betriebe lenkte. Das Verhältnis zwischen den Betrieben und der Holding war daher enger, ohne die Selbständigkeit der Betriebe aufzuheben.

Zu den der Kohlenholding angehörigen Betrieben ist zu sagen: Die Kohlenbetriebe der Alpine-Montangesellschaft beschäftigten den 6er-Ausschuss nicht, da sie unmittelbar vom Verwaltungskollegium der Alpine-Montan geleitet wurden. Ausserdem war der Generaldirektor der Alpine-Montan im Aufsichtsrat der Kohlen-Holding als (der) Präsident tätig, so dass ein dauerndes erfolgreiches Zusammenwirken gesichert war.

Die Bergbau-Betriebsgesellschaft stand zuerst unter der Leitung des Dr. Herbert Böhm; als wir ihn plötzlich durch den Tod verloren, wurde er durch Dipl.-Ing. Arthur ANDERS ersetzt. Anders hat sich bestens bewährt und niemals Anlass zu Schwierigkeiten innerhalb der Partei oder im 6er-Ausschuss gegeben.

In der Lankowitzer Kohlen-Compagnie waren wir durch 2 Personen vertreten: Leg. Rat Dr. Haydn und Direktor Simoni. Die Tätigkeit Dr. Haydns war sowohl fachlich, wie auch politisch einwandfrei und hat wiederholt Anlass gegeben, ihn als besonderes Beispiel hervorzuheben, obwohl das dortige Gebiet politisch ausserordentlich schwierig und stets stark kommunistisch durchsetzt war. Simoni hat leider aus uns unbekannt<sup>a</sup>en Ursachen einen Gesinnungswechsel vorgenommen und schien plötzlich bei einer Einschränkung des Vorstandes auf 2 Mitglieder als Kandidat der SPÖ auf. Als sich eine Fortsetzung des Abbaues durch die Lankowitzer Kohlen-Compagnie ohne engsten Zusammenschluss mit dem Kohlenbergbaubetrieb der Alpine-Montangesellschaft als nicht mehr möglich erwies, mussten die beiden Betriebe einen Betriebsüberlassungs-Vertrag abschliessen. Seither steht die Lankowitzer Kohlen-Compagnie unter der Leitung eines Vorstandes, der aus dem Generaldirektor OBEREGGER (ÖVP) und dem Direktor HUTTERER (SPÖ), beide von der Alpine-Montangesellschaft, zusammengesetzt erscheint.

Selbständig erklärt hat sich der Lavanttaler Kohlenbergbau in St. Stefan. Der Betrieb ist seit langer Zeit unter der Führung eines Vorstandes, der paritätisch aus 2 gleichberechtigten Mitgliedern besteht. Unser Vertreter ist Dipl. Ing. Wilhelm SCHAERINGER. Besondere Sorgen hat uns der Betrieb nicht gemacht. Daß Schaeringer nicht alle persönlichen Wünsche, die ihm vorgetragen werden, erfüllen kam, ist verständlich. Es wird Aufgabe unserer Mitglieder im Aufsichtsrat sein, in der Personalpolitik ihm ihre besondere Unterstützung zu leihen. Im Aufsichtsrat wirkt der ehemalige Staats-

sekretär, Bund. Rat GROSSAUER sehr verdienstvoll als Vize-Präsident. Nach dem Tode des Rechtsanwaltes Dr. Tschurtschenthaler wurde der Direktor der Fa. Gebr. MORO, Viktring bei Klagenfurt, Alfons NOJER zugewählt.

Schwieriger liegen die Verhältnisse bei der Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerks A.G.. Nicht nur dass wir bei der Besetzung des Vorstandes innerhalb der hohen Beamtenschaft gegen unseren Kandidaten Dr. Zeininger auf starken Widerstand stiessen, ist das Unternehmen auch wegen seines, wie sich nun herausstellt, zweifellos verfehlten Brikettierungsversuches in eine Problematik geraten, aus der es nur schwer herausgeführt werden kann. Es muss allerdings auch aus Gründen der Gerechtigkeit festgestellt werden, dass die Verantwortung für die Brikettierung nicht der Vorstand der Wolfsegg-Traunthaler allein zu tragen hat, sondern zu einem erheblichen Teil der Kohlen-Holding. Auch dies ist im wesentlichen ein Erbe des ehemaligen Generaldirektors KARRER, das allerdings von seinem Nachfolger nur allzu willig übernommen worden ist.

In der Wolfsegg-Traunthaler hat lange Zeit Generaldirektor WOHRLE als Vorstand gewirkt. So verdienstvoll seine Tätigkeit war, wurde sie doch häufig zum Gegenstand der Kritik gemacht, weil Woehrle dem Kohlenhandel angehörte und der Handel die Tätigkeit seiner Mitglieder in Aufsichtsräten grundsätzlich ablehnt. Lange Zeit war auch Landesrat Breitwieser in diesem Aufsichtsrat. Sein Mandat konnte nicht mehr besetzt werden, da nach dem neuen Proporz eine Nachnominierung nicht statthaft war. Der SAAB hat sein Mandat, das Reg. Rat Simbrunner inne hatte, durch Hofrat Dr. Seefeldner besetzt.

Was die Aufsichtsräte anbelangt, bestand wiederholt die Notwendigkeit, in diesen eine Veränderung vorzunehmen. Der Vertreter der obersten Bergbehörde verblieb nur im Aufsichtsrat der Kohlen-Holding; aus den Untergesellschaften wurde er durchwegs abberufen, da nach Ansicht der Paritätischen Kommission ein Mitglied des Aufsichtsrates nicht Leiter einer Aufsichtsbehörde sein kann, ohne dass ein gewisser Konflikt entsteht. Das Aufsichtsratsmitglied hat die Interessen des Unternehmens zu vertreten, die Bergbehörde die Interessen des Staates, der Volkswirtschaft und der Allgemeinheit.

Entsprechend dem Grundsatz, den der vorletzte Bundespartei-tag aufgestellt hat, dass politische Mandatäre nicht Mitglied von Aufsichtsräten sein sollen, haben die Abgeordneten zum Nationalrat Franz MAYERHOFER und Ignaz KÖCK ihr Mandat im Aufsichtsrat der Kohlen-Holding niedergelegt. MAYERHOFER wurde über Vorschlag des Bauernbundes durch Bürgermeister Roman GUTSCHER ersetzt. Hervorgehoben werden darf, dass in diesem Aufsichtsrat auch eine Frau tätig ist, Frau Thessa Fräss-Ehrfeldt. Es sei auch angemerkt, dass sie sich in diesem Aufsichtsrat absolut bewährt hat.

Durch den Betriebsüberlassungsvertrag bei der Lankowitzer Kohlen Compagnie wurde nur ein 3gliedriger Aufsichtsrat bestellt. Er besteht aus dem Ministerialvertreter Dr. Guido HAKL und dem bisherigen Direktor der Kohlenholding, Dipl.Ing. Sykora(ÖVP) und Generaldirektor Tambornino (SPÖ)

Freiwillig hat sich der Kohlenholding die Salzach Kohlenbergbau Ges.m.b.H., die kein verstaatlichter Betrieb ist, angeschlossen.

In jünger<sup>n</sup> Zeit kam auf dem Kohlensektor noch der Betrieb Steinkohlenwerke Sirius-Grünbach; er steht dzt. noch unter öffentlicher Verwaltung. Die Verhandlungen über die Einsetzung der Organe sind aber bei der Industrie- und Bergbauverwaltungs-Gesellschaft bereits im Gange.

#### 4.) Buntmetalle:

Auch die Betriebe der Buntmetalle waren zu einer Zusammenfassung in einer eigenen Holding bestimmt. Sie sollten unter der Leitung zweier hervorragender Fachleute stehen. Die ÖVP sollte den Metallurgen D u t z k y, die SPÖ den Bergmann H e i n i s c h stellen. Es ist heute noch nicht klar-gestellt, wieso es zur Ausführung dieses Planes, der schon vollkommen ausgearbeitet war, nicht gekommen ist. Die Entwicklung hat auf jeden Fall der ehemaligen Planung rechtgegeben. Dadurch, dass die Bildung der Metall-Holding unterblieben ist, wurde es erst möglich, dass das Ministerium jenen so schweren Einbruch in den Metallsektor vornahm, der uns dann so lange Zeit beschäftigt hat und den wir ja auch heute noch nicht <sup>völlig</sup> überwunden haben.

In diese Sparte zählen die im 1. Verstaatlichungsgesetz

genannten Metall-Betriebe: Die Bleiberger Bergwerks-Union, die Kupferbergbaugesellschaft Mitterberg, die Montanwerke Brixlegg, die Vereinigte Aluminiumwerke A.G. Ranshofen, die Berndorfer Metallwerke A.G., und die als Ersatz gedachte, vom Ministerium aus gegründete Osterreichische Metall A.G. (ÖMAG.) Schliesslich die von Min. Waldbrunner gegründeten Leichtmetallwerke und die alten bewährten Vereinigten Wiener Metallwerke.

Die Bleiberger Bergwerks-Union stand ursprünglich unter der Führung des Generaldirektors Dr. Reinfried UCHANN (ÖVP) und des Generaldirektors HEINISCH (SPÖ); ausserdem war unsere Partei durch den kaufmännischen Direktor MÜHLBACHER in ihr vertreten. Dieser musste allerdings später als ein Opfer des Proporzess ausscheiden und Heinisch wurde wegen Erreichung der Altersgrenze durch den jetzigen Direktor der ÖLV, PRIMAS (SPÖ) ersetzt. Der Betrieb war in der L. Republik, aber auch schon in der Monarchie stets notleidend. Von der Bergbauseite ihn aktiv zu gestalten, bestand keine Hoffnung. Es ist der schöne und bedeutungsvolle Erfolg unseres Vorstands-Mitgliedes UCHANN, die chemische Ausbeutung der Nebenprodukte, oder richtiger gesagt, des Abfalles, so auszugestalten, dass der Betrieb, schon seit Jahren wohlfundiert und aktiv ist und erst vor kurzem eine neue wertvolle Ergänzung, wiederum durch Ausnützung eines sich ergebenden Abfallstoffes zur Erzeugung von Kadmium, erfahren konnte. Diese Kadmium-Produktion der BBU ist nicht nur in der Lage, den gesamten Inlands-Bedarf zu decken, sondern darüber hinaus auch noch eine bescheidene Ausfuhr zu tätigen.

Der Aufsichtsrat musste mehrmals verändert werden. Ein besonders schwerer Verlust war der Rücktritt unseres Parteifreundes RABATZ, der aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat niederlegen musste. Es soll hier besonders unterstrichen werden, dass dieser Aufsichtsrat im Sinne unserer föderalistischen Haltung auf unserer Seite ausschliesslich aus Kärntner Vertretern besteht und nur ein einziges Mitglied, der Bankenvertreter, Direktor W e i g l, aus Wien stammt. Wir können damit unter Beweis stellen, dass wir, wenn ein Betrieb eine besondere Landesnote trägt und im Lande die erforderlichen Kräfte vorhanden sind, (wir) selbstverständlich auf diesen Umstand Rücksicht nehmen.



Der Kupferbergbau Mitterberg hat uns wenig Sorge bereitet. Die Leitung ist seit 1945 nicht verändert worden. Auf unserer Liste steht Direktor M. M a c z e k. Er gehört zwar unserer Partei nicht an, ist parteilos, wurde von uns aber als Fachmann auf seinen Posten gestellt. Eine Klage gegen Maczek ist uns bisher nicht zugekommen. Auch der als Aufsichtsrat wirkende Beirat( der Betrieb steht noch unter öffentlicher Verwaltung) funktioniert absolut befriedigend. Wir haben vor allem in den Personen Dr. SCHURK und Ing. Rolph WEINBERGER vorzügliche Fachleute, die auch parteipolitisch, ohne dadurch irgendwie aufzufallen, verständnisvoll wirken. An diesem Beispiel wiederum kann gezeigt werden, dass man auch in der Zeit des 6er-Ausschusses bei der ÖVP nicht das Parteibüchel im Sack haben musste, um an die Spitze eines Betriebes zu kommen, oder Aufsichtsrat zu werden, sondern dass die ÖVP-Fraktion des 6er Ausschusses stets bemüht war, in erster Linie tüchtige Fachkräfte auszuwählen. Wenn wir dabei auch auf die politische Gesinnung gesehen haben, so war das nur dann der Fall, wenn uns die Haltung des politischen Gegeners dazu zwang.

Das Montanwerk Brixlegg steht gleichfalls seit Anfang unter der gleichen Leitung, nämlich unter der unseres Parteimannes Dir. Dr. KETNER. Im Aufsichtsrat ist unser führender Mann der Direktor der Karo-Bronzwerke, Max M i e d l, dessen geschickte und kluge Art es versteht, zwischen Vorstand und Aufsichtsrat ein dauerndes Einvernehmen zu wahren, obwohl der Vorsitzende des Aufsichtsrates ein Sozialist ist. Leider haben wir den bedeutenden Fachmann, der in diesem Aufsichtsrat sass, den schon erwähnten ehemaligen Generaldirektor Paul DUTZKY durch Tod verloren.

Die Vereinigten Aluminiumwerke in Ranshofen standen durch Jahre hindurch unter der alleinigen öffentlichen Verwaltung des Sozialisten Ing. Bernhard KLEIN. Erst in den letzten Jahren ist es nach einem langen und schwierigen Kampf im 6er Ausschuss gelungen, den kaufmännischen Direktor der V.A.W. zum 2 öffentlichen Verwalter zu bestellen. Wadlbrunner hat sich dagegen mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gewehrt. Nur unserer unüberwindbaren Zähigkeit ist es zu danken, dass wir die Parität in diesem Unternehmen hergestellt haben. Ein merkwürdiges Ereignis aus der Geschichte der Bestellung eines ö.V. bei diesem Unternehmen aus der Zeit der

amerikanischen Besetzung verdient festgehalten zu werden. Noch der Bundesminister für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung wollte Generaldirektor LEPPICH als Vertrauensmann unserer Partei, als 2. öffentlichen Verwalter neben KLEIN berufen. Interessanterweise haben die Amerikaner völlig grundlos gegen LEPPICH politische Beschuldigungen erhoben. Als diese nach sorgfältigen Untersuchungen sich als vollkommen gegenstandslos erwiesen, gaben die Amerikaner ihren Widerstand gegen die Bestellung eines 2. ö.V. auf, stellten aber zur Bedingung, dass von der Person Leppichs Abstand genommen werde. Man konnte sich daher nicht des Eindruckes erwehren, dass bei dieser Haltung des erwähnten Elements Kanadische Einflüsse nicht ohne Bedeutung waren. Der Betrieb steht gut, er leidet aber selbstverständlich darunter, dass wir eine eigene Tonerdefabrik haben und dass er vom Ausmaß der Stromproduktion bis jetzt nicht unabhängig gemacht werden konnte.

In unmittelbarer Verbindung mit der V.A.W. steht seit der Gründung das Halbzeugwerk der ÖMAG. Bei der Gründung der ÖMAG machte man den 1. Vorstand, den unsere Partei stellte, Direktor HAMBURGER, den Vorwurf, den Betrieb überdimensioniert aufgezogen zu haben. So lange Berndorf der Österr. Ingenierentzogen war, war dieser Vorwurf sicherlich unberechtigt; heute scheint es zumindest, dass die Kritiker Hamburgers recht behalten sollen. So sehr sich VAW und ÖMAG ergänzen, so sehr <sup>kann</sup> die Situation für beide Betriebe, vor allem für die ÖMAG in dem Augenblick schwierig <sup>werden</sup> ~~wird~~, in dem die Produktion der VAW nicht ausreichen sollte, neben der ÖMAG Berndorf das neugegründete, von Min. Waldbrunner ins Leben gerufene Leichtmetallwerk, auf dessen Gründung noch die Sprache gebracht werden wird, den Bedarf der priv. Industrie zu decken. Mit der Leitung der ÖMAG hatten wir kein Glück. Als sich Hamburger, zweifellos seines vorgeschrittenen Alters wegen, zurückziehen musste, stellte der Bundesminister für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung einen Mann an die Spitze des Unternehmens, der alle Versprechungen gab, es in unserem Sinne zu leiten. Nach der Übernahme des Ressorts durch Ing. Waldbrunner entwickelte er sich aber immer deutlicher nach links und verfolgte eine Richtung, die parteipolitisch sehr einseitig und eindeutig gegen uns gerichtet war.

Leider wurde diese Haltung trotz der Mahnungen mehrerer <sup>er</sup> Mitglieder unserer Aufsichtsratsfraktion vom Vorstand des Aufsichtsrates, den wir stellten, nicht erkannt. Auch stellte sich dieser gegen unsere oft energischen Interventionen taub, oder begegnete ihnen verständnislos. Wir mussten daher alles daran setzen, dem sozialistischen Vorstandsmitglied ein ÖVP-Mitglied entgegen zu setzen. Wir beriefen auf diesen Posten Direktor Ing. R i s s. Entgegen allen Anwürfen, die gegen den Genannten erhoben werden, müssen wir sagen, dass wir mit Riss vom Standpunkt der Parteipolitik die besten Erfahrungen gemacht haben, ohne dass es gelungen wäre, uns von seiner sachlichen Unzulänglichkeit zu überzeugen.

In neuester Zeit herrscht der Plan vor, die 4 Betriebe; VAW, ÖMAG, Österr. Metallwerke und die Waldbrunner'sche Neugründung, die Leichtmetallwerke zu einem Betrieb zusammen zu fassen. Diese Zusammenfassung gehört nicht mehr in den Berichtsbereich des 6er-Ausschusses. In diesem Bereich ist es unsere Pflicht, RISS für seine Tätigkeit den besten Dank aus der Partei auszusprechen.

Unter dem Vorwand, dass in Berndorf und Umgebung ein industrieller Notstand herrsche, hat sich gegen unseren langen und energischen Widerstand der Bundesminister für Verkehr und Verstaatlichte Betriebe, Ing. Waldbrunner, entschlossen, ein neues Unternehmen, die Leichtmetallwerke ins Leben zu rufen. Ein wirklicher Bedarf für diesen Betrieb bestand nicht. Seit Jahren gibt es in dieser Gegend keine Arbeitslosigkeit, die auf das Fehlen eines derartigen Betriebes zurückzuführen wäre. Ungelernte und angelernte Arbeiter sind ausnahmslos in Stellung. Aber auch die Spezialisten, Ziselöre, Feinmetall-Arbeiter u.s.w. sind nicht ohne Stellung. Unangenehm für diese Arbeiter in Berndorf ist der Ausfall von Berndorf nur insoferne gewesen, als der Teil, der im USIA-Betrieb keine Beschäftigung gefunden hatte, seinen Arbeitsplatz in Wien, oder anderswo an einem verhältnismässig entfernten Arbeitsplatz suchen musste. Durch den Rückfall Berndorfs an Österreich wird sich dieser Mangel rasch beheben lassen. Nach Ansicht der Mehrheit der Mitglieder des 6er-Ausschusses wäre dieses Ziel ohne Schwierigkeit nach der Übernahme Berndorfs durch eine entsprechende Finanzierung möglich gewesen. Dabei obwaltet die Überzeugung, dass diese Fusionierung

dem österreichischen Steuerträger zwar sichtbar, aber durchaus nicht teurer gekommen wäre, als die Fusionierung von 4 Betrieben, deren räumliches Auseinanderliegen doch sehr nach Konstruiertheit riecht. Die Zukunft wird lehren, ob der neue Plan der bessere war. Auf alle Fälle muss noch festgestellt werden, dass der 6er-Ausschuss die Vorgangsweise bei der Gründung der Leichtmetallwerke auf Seite der ÖVP niemals gebilligt hat und sich die ÖVP-Fraktion der 4 Aufsichtsräte der Firmen, die als Teilhaber des neuen Unternehmens aufschienen, nämlich die ÖMAG, die Vereinigten Wiener Metallwerke und die Simmering-Graz-Pauker-Werke, ausgezeichnet gehalten hat. Das gilt ganz besonders vom Aufsichtsrat der Simmering-Graz-Pauker-Werke und dessen Vorstand, Sekt. Chef Dr. LATZKA, der den Widerstand auch noch aufrecht erhielt, als die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft sich bereits mit der gesetzwidrigen Handlung des Ressort-Ministers abfand, obwohl unser Referent, Dr. TZÜBL den Mangel der gesetzlichen Grundlage der Handlungsweise Ing. Waldbrunner's in einer eingehenden Darstellung unwiderleglich nachgewiesen hatte.

Bei den Vereinigten Wiener Metallwerken bestand zunächst eine öffentliche Verwaltung. Einer der öffentlichen Verwalter war ein Fachmann, ein parteiloser. Wir mussten leider Gottes feststellen, dass uns hier unsere sachliche Einstellung übel belohnt wurde. Der Parteilose wurde, obwohl er auf unser Konto zählte, zum gefügigen Werkzeug seines sozialistischen Kollegen und hat es eingestandenermassen nicht einmal gewagt, uns zu besuchen, ohne vor- und nachher hievon dem sozialistischen ö.V. zu berichten. Bei Einsatz der ordentlichen Organe haben wir daher einen verdienten Vertrauensmann unserer Partei, Direktor CZERNOHORSKY, in den Vorstand berufen und können mit Befriedigung feststellen, dass wir seither in diesem Betrieb eine erfreuliche Festigung unserer Position beobachten können. Einen besonderen Anteil daran hab<sup>en</sup> auch die ausgezeichneten Mitglieder unserer Aufsichtsratsfraktion, insbesondere Direktor FITZINGER, Dr. HAYDEN und Ing. KAAH.

## 6. Elektroindustrie:

Die Elektroindustrie hätte seinerzeit gleichfalls zu einer Holding zusammen gefasst werden sollen. Aus den gleichen Gründen wie bei den Buntmetallen ist diese unterblieben. Sie hätte sich aus den Betrieben AEG-Union, ELIN samt ihrer Tochtergesellschaft ELIX, die beiden Siemensbetriebe Siemens-Halske (Schwachstrom) und Siemens - Schuckert (Starkstrom) und dem Werk Deuchendorf zusammensetzen sollen.

Von den genannten Betrieben steht nur die AEG noch unter öffentlicher Verwaltung. Bei den anderen Betrieben sind seit geraumer Zeit Aufsichtsrat und Vorstand bestellt. Die Umwandlung der öffentlichen Verwalter bei der AEG in sozietäre Organe ist daher die vordringlichste Aufgabe in diesem Sektor der verstaatlichten Industrie. Hier wird es notwendig sein, neue Kräfte an Ruder zu bringen, da der öffentliche Verwalter, den unsere Partei stellte, das 70. Lebensjahr überschritten hat.

Als einziger Betrieb hatte die ELIN einen 5-gliedrigen Vorstand. Durch Tod und Rücktritt (Pensionierung) ergaben sich Veränderungsmöglichkeiten, diese wurden dazu benutzt, um den Vorstand auf 4 Mitglieder nach dem erprobten Schema einzuschränken. Unsere Vertreter Dr. KOHLRUSS und Dr. VUCINIC wirken dort sehr erfolgreich. Auf Grund der Parteiabmachungen aus dem Jahre 1949 mussten wir allerdings die Stelle des Generaldirektors an die Sozialisten abtreten, weil wir die Stelle des Präsidenten besetzt haben. Als solcher wirkte bekanntlich Finanzminister a.D. Dr. KIENBÖCK. Diese Stelle ist derzeit frei. Da nach dem Ministerratsbeschluss vom Juli 1956 Direktoren der verstaatlichten Industrie nicht Mitglieder von Aufsichtsräten in anderen verstaatlichten Betrieben sein dürfen, muss Generaldirektor STAHL aus dem Aufsichtsrat der ELIN ausscheiden. Die Verhandlungen über die Ersetzung des Genannten, wie des verstorbenen Präsidenten Kienböck sind im Gange. Die Betriebsstätten der ELIN in Atzgersdorf, Liesing und Möllersdorf stehen noch unter öffentlicher Verwaltung. Das Verwalterkollegium

besteht aber aus den Mitgliedern des Vorstandes der ELIN.

Die Tochtergesellschaft der ELIN, die Glühlampenfabrik ELIX steht unter der Leitung unseres Parteimitgliedes Dr. Ing. Eduard SEEBER. Im Hinblick auf das Organverhältnis zur ELIN wird der Aufsichtsrat vor allem durch die Vorstandsmitglieder der ELIN gebildet.

Die Siemensbetriebe standen zunächst jahrelang unter einer gemeinsamen Zentralleitung. Auch sie hatten zunächst die Form der öffentlichen Verwaltung. Vor einigen Jahren haben wir <sup>die</sup> Seinerzeit als Auffanggesellschaft gegründete Ges. m. b. H. dazu benützt, um den Siemensbetrieben sozietäre Organe zu geben. Sie sind für beide Betriebe identisch. An der Spitze der Vorstandes steht unser verdientes Parteimitglied Dr. Bela von Szabo. Im Aufsichtsrat wirkt als 2. Präsident Dr. MAUTHNER MARKHOF. Es war im 6-er Ausschuss beschlossen, die beiden Betriebe SIEMENS HALSKE und SIEMENS SCHUCKERT zu trennen, die Zentralleitung aufzulösen und jeden der beiden Betriebe eigene sozietäre Organe zu geben. Die Durchführung wird eine der nächsten Aufgaben der IBV sein.

Der Betrieb in Deuchendorf war eine Gründung der Republik die das Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung als ÖEG (Österreichische Elektrobau-gesellschaft) ins Leben gerufen hat. Der Betrieb sollte der AEG und den Siemensbetrieben als Ersatz für die unter USIA - Verwaltung bestehenden Betriebe dienen. Im Zuge der Rückführung der ehemaligen USIA-Betriebe wurde der Betrieb in Deuchendorf entbehrlich und noch im Wege von Verhandlungen vor den 6-er Ausschuss mit den Siemensbetrieben vereinigt.

## 7. Diverse Betriebe

Es bleibt jetzt nur noch jene Gruppe von Betrieben zu beleuchten, die ihrem Charakter nach zu keinem der genannten Gruppen gehört und an deren Eingliederung in eine Holding auch niemals gedacht war.

a) Hier zählt in erster Linie die DDSG her. Unser ö.V. Bauer musste abberufen werden. Er hat sich derart in den Dienst Waldbrunner's gestellt und unsere Leute jeder Förderung entbehren lassen, dass wir das Vertrauen zu ihm verloren haben. Bezeichnend für seine Haltung war, dass Waldbrunner uns bat, ihn in den Aufsichtsrat zu entsenden und als wir das ablehnten, eine hohe Auszeichnung durch den Bundespräsidenten herbeiführte. Wir griffen bei der Bestellung des Vorstandes auf den besten Mann in der DDSG, der sich stets rückhaltslos zu uns bekannt hatte und dessen fachliches Wissen das Rückgrat der Leitung der DDSG auch unter BAUER ausmachte, auf Dr. Franz FILLITZ.

Bei der Zusammenstellung des Aufsichtsrates wählten wir einen Vertreter der CA, Direktor Dr. Erich MIKSCHE, weil die DDSG hauptsächlich mit dieser arbeitet. Mit Rücksicht auf die grossen Auslandsverbindungen des Unternehmens, ersuchten wir weiters, den Generaldirektor der Intercontinentale, Komm. Rat Arnold FRIESZ in den Aufsichtsrat einzutreten. Um die Länder besonders zu berücksichtigen, wurde der Landesfremdenverkehrs-Direktor von N.Ö. Hofrat Dr. SCHMIDL und als ÖAAB-Vertreter der Linzer Filialleiter der Länderbank, Dir. Alfred BAYR in den Aufsichtsrat entsendet.

b) Für die "MARTHA" Erdöl-Ges.m.b.H. wirkte als ö.V. Generaldirektor Dr. MAYERHOFER. In den letzten Jahren trat Minister Waldbrunner dafür ein, dass MAYERHOFER beseitigt werde; Mayerhofer sei durch seine Betätigung bei der GALLIA zu sehr in Anspruch genommen. Später wurde die öffentliche Verwaltung umgewandelt; der heutige Zustand ist: Ein Geschäftsführer, der bisherige Prokurist BAUER, für dessen politische Verlässlichkeit die Landesparteileitung Wien die Garantie übernahm, und ein Beamten-Aufsichtsrat, bestehend aus:

Sekt. Chef Dr. STRAUBINGER  
Min. Konsulent Dr. MEHRICH  
" " HERZOG.

In den künftigen Aufsichtsrat, der noch vom 6er-Ausschuss berufen werden sollte, waren vorgesehen:

Sekt.Chef Dr. STRAUBINGER  
Dir. Rud. KLENZ

Kom.Rat ANGERER  
Dipl.Ing. RIEGER

Zur Bestellung dieses Aufsichtsrates kam es nicht mehr.

c) Bei der STIMMERING - GRAZ-PAUKER A.G. wurde die öffentl. Verwaltung aufgehoben und durch den Vorstand ersetzt. Seitens der ÖVP wirkt als Vorstand:

Direktor RIEGER und Direktor LEHRNER (früher b. BLIN )  
Die ÖVP hat szt. die SPÖ bei der Bestellung ihres Vorstandsmitgliedes TRIMMEL nachdrücklichst vor diesem gewarnt; Waldbrunner liess sich aber nicht bekehren und TRIMMEL wurde zum Generaldirektor bestellt. Wenige Monate später stand die ganze Belegschaft gegen TRIMMEL; seine Unfähigkeit war erwiesen und er musste abberufen werden. Kurze Zeit darauf starb das andere SPÖ-Mitglied des Vorstandes, Direktor HAMMER. So steht seit geraumer Zeit dieser Betrieb ausschliesslich unter der Führung der ÖVP.

In den Aufsichtsrat entsendete die ÖVP die Vertreter der Werke, mit denen der Betrieb hauptsächlich arbeitet: Direktor Dr. RESSIG von der CA; mit Bezug auf die besondere Verbindung zur ALPINE - Kom.Rat KNOLL, und mit Bezug auf die besondere Verbindung zu den Wiener Strassenbahnen - den Stadtrat Dfm. NATHSCHLÄGER. Über besonderes Ersuchen der Interessenten wurde der Ziegeleibesitzer Dr. Heinrich WILLE und über Vorschlag des ÖAAB Sekt.Chef Dr. LATZKA in den Aufsichtsrat gewählt. Dr. Latzka hat sich in dieser Stellung ausserordentlich bewährt und bei zahlreichen Schwierigkeiten dem Betrieb wertvollste Dienste geleistet.

d) Bei der Schiffswerfte Linz wurde nach Aufhebung der öfftl. Verwaltung ein 2er Vorstand eingesetzt: von unserer Seite Ing. Max PETERSEIL. In den Aufsichtsrat wurden berufen:

Dr. FILLITZ

Gen.Dir. RYZNAR

Dir. Alfred KÖNIG

Graf REVERTERA und

Rudolf VOLLATH

Dir.Fillitz wurde gewählt, um die Verbindung mit der DDBG immer herzustellen; König und Ryznar sind mit dem Unternehmen in dauernder Geschäftsverbindung; Graf REVERTERA ist besonders interessiert wegen der Holzlieferungen und ist namens der Waldbesitzer ausgewählt worden; VOLLATH wurde vom Ö.Ö.AAB empfoh-



len. Hervorgehoben sei die Tätigkeit des Generaldirektors Ryznar, der mit grosser Umsicht als Vorsitzender wirkt.

e) Für die Österr. Stickstoff-Werke waren die Verhandlungen im 6er-Ausschuss vor Jahren schon abgeschlossen. Durch einen Zwischenfall, der nie klargestellt werden konnte, wurde die Liste der Mitglieder der Organe durch ein ÖVP-Organ publiziert, ehe sie das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe veröffentlicht hatte. Min. Waldbrunner hat das zum Anlass genommen, um sich zu weigern, den einhelligen Beschluss des 6er-Ausschusses durchzuführen. Wiederholte scharfe Demarchen im 6er-Ausschuss haben aber den Minister, trotz wiederholter Zusicherung, die Durchführung zu veranlassen, von seinem Standpunkt nicht abgebracht. Die Verhandlungen über die Bestellung der Organe sind auch heute noch nicht abgeschlossen.

- - - - -

Zusammenfassend darf gesagt werden, dass die Tätigkeit in der PARITÄTISCHEN KOMMISSION beim Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe wohl zeitweise sehr schwierig und sehr unbefriedigend war; immerhin waren unsere Einflussmöglichkeiten in hohem Masse gewahrt und ich kann von allen Personen, die in diesem sogenannten 6er-Ausschuss tätig waren, behaupten, dass sie ihre Mitarbeit in wertvollster und rührigster Weise zur Verfügung stellten. Ganz besonders kam der ÖVP-Fraktion des 6er-Ausschusses die grosse Personen-Kennntnis des verstorbenen Ministers Böck-Greissau zu statten. Ich möchte aber meinen Bericht nicht schliessen, ohne nicht auch seinem Nachfolger, Präs. MAIX und dem ehemaligen Nationalrat KÖCK, sowie unserem Mitarbeiter Dr. TZÜBL, der nicht nur im Generalsekretariat die Agenden betreut, sondern auch jeweils als Ersatzmann einsprang, wenn von unserer Fraktion ein Mitglied fehlte, den besten Dank auszusprechen.

Die Erledigung der Agenden in der PARITÄTISCHEN KOMMISSION war schwerfällig, aber ich darf mit Stolz feststellen, dass grössere Lücken in den Organen niemals länger als einige Wochen bestanden haben. Man mag über die PARITÄTISCHE KOMMISSION urteilen, wie man will, dass sie ihrer Aufgabe gewachsen war, ist durch vorstehenden Bericht erwiesen.

LWV 238911  
✓

ARBEITSGEMEINSCHAFT VERSTAATLICHTE INDUSTRIE

Memorandum

zur Frage der Teilnahme der ÖVP am  
Sozialbeirat der Sektion IV des  
Bundeskanzleramtes

*abgelesen*

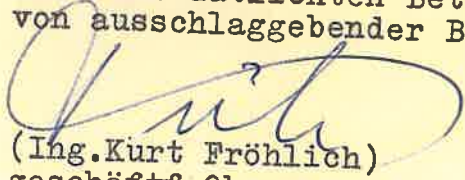
Die in der Arbeitsgemeinschaft verstaatlichte Industrie zusammengefaßten Betriebsgruppen vertreten den Standpunkt, daß eine Teilnahme der von der Österreichischen Volkspartei für den Sozialbeirat namhaft gemachten Mitglieder zweckmäßig und notwendig ist. Dies deshalb, weil

1.) durch die Nichtteilnahme unserer Vertreter es nicht verhindert werden kann, daß der Sozialbeirat trotzdem seine Arbeit aufnimmt. Der Sozialbeirat wird dann zwar rein sozialistisch oder mit nicht von der ÖVP namhaft gemachten Mitgliedern besetzt, dem Herrn Vizekanzler Empfehlungen ausarbeiten, die dieser auf Grund der Vollmachten, die ihm das Kompetenzgesetz 1959 einräumt in die Tat umsetzen wird.

2.) Wir glauben andererseits, daß durch die Teilnahme unserer Vertreter am Sozialbeirat es gelingen wird, die dort gefaßten Beschlüsse so politisch zu entgiften, daß sie der ÖVP weniger Schaden bereiten würden, als wenn sie propagandistisch durch die Sozialisten allein und in ihrem Sinne gefaßt und ausgewertet werden.

3.) Die ÖVP würde sich auch durch die Nichtteilnahme der Gefahr aussetzen in der Öffentlichkeit als jene Partei gebrandmarkt zu werden, die gegen jede soziale Einrichtung und sozialen Fortschritt innerhalb der verstaatlichten Industrie eingenommen ist. Wir glauben, nicht betonen zu müssen, daß die ÖVP gerade in ihrer heutigen Entwicklung besonderen Wert auf die Gewinnung weiterer Stimmen in der Arbeiterschaft Wert legen müßte. Diesem Vorsatz aber würde die vorangeführte optische Wirkung der Nichtteilnahme am Sozialbeirat entgegen stehen.

Wir sehen uns in unserer Verantwortung und auf Grund unserer Erfahrungen verpflichtet, die vorangeführten Argumente als so eminent wichtig zu bezeichnen, daß ihre Berücksichtigung für eine weitere erfolgreiche Arbeit auf dem Sektor der Arbeitnehmerschaft in den verstaatlichten Betrieben für die Österreichische Volkspartei von ausschlaggebender Bedeutung ist.

  
(Ing. Kurt Fröhlich)  
geschäftl. Obmann

  
(NR Wilhelm Bleyer)  
Obmann